# Grundsatzprogramm der Verfassten Studierendenschaft der TU Kaiserslautern in der Fassung vom 17. November 2021

Aufgrund § 13 der Satzung der Verfassten Studierendenschaft der TU Kaiserslautern (TUK) vom 12. Juni 2013, zuletzt geändert durch die Satzung vom 4. Januar 2019, hat das Studierendenparlament am 17.11.2021 das folgende Grundsatzprogramm beschlossen. Es fasst die wesentlichen Positionen der Studierendenschaft zusammen und wird hiermit bekanntgemacht:

#### Grundsätze

10

11

12

13

15

16

17

18

19

20

21

- 1. Bildung ist ein Menschenrecht: Die Universität muss allen gleichermaßen entsprechend ihrer Fähigkeiten offenstehen. Das schließt jede Form von Studiengebühren aus und erfordert, dass im Studium die individuellen Lebensumstände der Studierenden Beachtung finden.
  - 2. Die Gesellschaft ermöglicht Hochschulen, sich selbst mit ihren eigenen Gremien und Strukturen zu verwalten. Aktuell werden in der akademischen Selbstverwaltung Entscheidungsprozesse jedoch von der Statusgruppe der Professor\*innen dominiert. Gerade Studierende die größte Statusgruppe und darüber hinaus in einem ständigen Abhängigkeitsverhältnis gegenüber der Hochschule werden massiv benachteiligt. Damit die Selbstverwaltung von Hochschulen in Deutschland demokratischen Grundprinzipien entspricht, müssen die Partizipationsmöglichkeiten von Studierenden deutlich erweitert werden!
- Der Studien- und Forschungsalltag an der TUK muss barriere- und diskriminierungsfrei sein. Niemand darf aufgrund äußerer Umstände vom Leben an der TUK ausgeschlossen werden.
- 4. Das Hochschulumfeld muss von Offenheit, Toleranz und
  Solidarität geprägt sein. Die TUK wird durch die Diversität ihrer Mitglieder bereichert.
- 5. Universitäten tragen gesellschaftliche Verantwortung und müssen immer wieder evaluieren, ob sie dieser gerecht werden. Insbesondere muss die TUK kritisch prüfen, inwieweit ihre Forschung einem positiven gesellschaftlichem Wandel beiträgt und wichtige aktuelle Herausforderungen wie den Klimaschutz adressiert.

# 1. Freier Zugang zu Bildung für Alle

Das Recht auf Bildung – insbesondere ein Hochschulunterricht, der allen gleichermaßen entsprechend ihren Fähigkeiten offensteht – ist in Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankert. Die Studierendenschaft fordert den Abbau aller Hürden, die diesem Ziel im Wege stehen.

# 38 a. Nein zu Studiengebühren

Immer wieder zeigen Studien, dass der Bildungserfolg in Deutschland maßgeblich von der finanziellen Situation und dem Bildungsstand der Eltern abhängt. So ist der Anteil an Studienanfänger\*innen deutlich höher, wenn die Eltern selbst ein Hochschulstudium abgeschlossen haben.
 Studiengebühren verstärken diesen Effekt, indem sie eine finanzielle Hürde aufbauen. Das Menschenrecht der Bildung wird hierdurch zum zu käuflichen Gut.

▶ Bereits 1973 ratifizierte die Bundesrepublik Deutschland den internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in dem die allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit des Hochschulunterrichts vorgesehen ist. Eine Umsetzung dieses Ziels ist lange überfällig!

49

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62

63

66

67

68

69

70

71

73

74

77

78

81

83

84

85

87

88

89

90

91

92

93

94

- Die Studierendenschaft lehnt jede Form von Studiengebühren ab:
  - Auch indirekte, nachgelagerte oder auf Kreditmodellen basierende Studiengebühren stellen aufgrund der Angst vor Überschuldung eine Hürde dar.
  - Studiengebühren von bestimmten Personengruppen zu erheben, steht im direkten Widerspruch dazu, dass Bildung allen Menschen offenstehen muss.
  - Langzeitstudiengebühren treffen besonders Studierende, deren Studium sich aus finanziellen, familiären oder gesundheitlichen Gründen verlängert. Ebenso wird ehrenamtliches Engagement neben dem Studium durch Langzeitstudiengebühren erheblich eingeschränkt.

#### b. BAföG

- ▶ Damit alle Menschen unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten den gewünschten Bildungsweg einschlagen können, muss ein allgemeiner Anspruch auf das Breitenförderungsinstrument BAföG bestehen. Dieser ist unabhängig vom Einkommen der Eltern und der Herkunft der Studierenden und Schüler\*innen zu sehen.
- ▶ Im aktuellen BAföG-System können sich für die Empfänger\*innen nicht unerhebliche Schulden ansammeln. Genau wie im Falle nachgelagerter Studiengebühren schafft die Angst vor Überschuldung eine Hürde, die Studieninteressierte vom gewünschten Bildungsweg abhält. Deshalb ist eine Studienfinanzierung in Form eines Vollzuschusses, wie es ihn in Deutschland bereits gab, klar zu bevorzugen.
- ▶ Die Studienfinanzierung muss sich an der tatsächlichen Preisentwicklung orientieren und darf nicht von der Willkür einer Gesetzesnovelle abhängig sein. Dies ist mittels einer gesetzlich verankerten, jährlichen Anpassung der Förderhöhen und Bedarfssätze an die allgemeine Preisentwicklung realisierbar.
- ▶ Zur Deckung des Bedarfes ist die durchschnittliche Förderungshöhe nicht ausreichend. Wir fordern deshalb eine Anhebung der Freibeträge. Ein Zuverdienst darf nicht auf das BAföG angerechnet werden. Bei niedrigen Förderungssummen werden Studierende, die arbeiten müssen, um ihr Studium zu finanzieren, doppelt bestraft.
- ▶ Zeitlich begrenzte Zahlungen sind abzulehnen. Eine heterogene Studierendenschaft bedeutet sehr heterogene Lebensläufe und Bedürfnisse. Studierende können aus verschiedensten Gründen unterschiedlich lang für denselben

Studiengang brauchen, aber ihn dennoch erfolgreich abschließen. Dies muss sich auch im BAföG widerspiegeln.

- ▶ Eine verlängerte Förderung ist aufgrund von Mitarbeit in gewählten Gremien der Hochschulen, studentischen Selbstverwaltung und des Studierendenwerks möglich. Dies wird jedoch erfahrungsgemäß nur in einem sehr begrenzen Umfang gewährt. Zudem umfasst dies nicht alle Facetten studentischen Engagements. Wir fordern deshalb die Anerkennung jeglichen ehrenamtlichen Engagements für die Verlängerung der Förderung.
- ▶ Um ein lebenslanges Lernen tatsächlich zu ermöglichen ist es von Nöten, die Altersbeschränkungen aufzuheben. In der heutigen Gesellschaft wird Flexibilität vorausgesetzt und das muss auch für das BAföG gelten. Wer studieren möchte, dem muss das auch ermöglicht und nicht aufgrund des Alters versagt werden.

#### c. Teilzeitstudium

▶ Um der individuellen Lebenssituation der Studierenden Rechnung zu tragen, muss es möglich sein, auch nur einen Teil der Zeit für das Studium aufzuwenden. Entsprechend begrüßt die Studierendenschaft die Forderung der Landesregierung, Studiengänge auch in Teilzeit studierbar zu gestalten und explizite Teilzeitstudiengänge einzuführen. Nun ist es an der TUK, dieser Forderung nachzukommen.

#### d. Barrierefreies Studium

- ▶ Das Lehr- und Forschungsgeschehen an der TUK muss vollständig barrierefrei sein. Studierenden der TUK dürfen durch körperliche Einschränkungen oder Behinderungen keine Nachteile entstehen. Alle Studierenden müssen sämtliche Büro-, Seminar- und Vorlesungsräume sowie Labore, in denen sie Veranstaltungen haben oder forschen, barrierefrei erreichen können. Zudem muss sichergestellt werden, dass jedes Gebäude über mindestens eine barrierefreie Sanitäranlage verfügt.
- ▶ Der Lehrbetrieb an der TUK muss allen Studierenden mit Gesundheitseinschränkungen, wie neurodiversen Personen oder Personen mit psychischen Einschränkungen, vollumfänglich ermöglicht werden.
- ▶ Jegliche Nachteile, die Studierende in Prüfungssituationen erleiden, müssen durch adäquate Nachteilsausgleiche wie zusätzlicher Zeit oder alternativen Prüfungsformaten aufgefangen werden. Betroffene Personen müssen in das Finden eines Nachteilsausgleichs eingebunden werden.

# e. Benachteiligungen und Diskriminierungen

Die Studierendenschaft lehnt jegliche Formen von Rassismus, der Diskriminierung, Ausgrenzung und Benachteiligung einzelner Personen oder Gruppen ab und fördert ein inkludiertes und diverses Miteinander. Alle Studierenden sollen gleichberechtigt und selbstbestimmt, unabhängig von Aussehen, Alter, Geschlecht (Geschlechtsidentität und körperlichen Geschlechtsvariationen), Sexualität, Identität, sozialer und kultureller Herkunft, Sprache, Religionszugehörigkeit, Gesundheit, Behinderung und sonstigen individuellen Merkmalen, teilhaben können ohne einer Norm entsprechen zu müssen. Alle Studierenden sollen ihr Gender ohne Angst vor Konsequenzen frei kommunizieren können, dies betrifft in gleicher Weise auch nicht-binäre Geschlechtsidentitäten. Zudem muss es allen Studierenden unbürokratisch möglich sein, ihr Geschlecht gegenüber der Universität zu ändern.

▶ Diskriminierung auf Grund der Herkunft gilt es auf das Schärfste zu verurteilen und zu unterbinden. Die Studierendenschaft plädiert für einen sensibilisierten Umgang mit Studierenden verschiedener Nationalitäten und Ethnien, der ihrem Recht auf Gleichberechtigung nachkommt. Interkulturelle Kompetenzen und ein verständnisvolles Miteinander sind Schlüsselfähigkeiten der heutigen Zeit, welche es durch entsprechende Angebote zu fördern gilt. Benachteiligungen wegen der Herkunft haben an der TUK nichts zu suchen.

#### f. Mobilität für Studierende

- ➤ Zum erfolgreichen Studieren gehört als weitere Rahmbedingung auch die Ermöglichung studentischer Mobilität, um möglichst einfach zwischen Wohn- und Studienort verkehren zu können. Eine hervorgehobene Rolle spielt dabei der öffentliche Personennah- und Regionalverkehr, auf den viele Studierende gerade auch aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten angewiesen sind. Die Studierendenschaft hat vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit eines ÖPNV-Semestertickets für Kaiserslautern und die weitere Region, das auf dem Solidaritätsgedanken aufbaut, als notwendig erkannt ein Ticket zu einem Preis für alle Studierenden. Hier fordert, unterstützt und begleitet die Studierendenschaft Bestrebungen einer Erweiterung des Geltungsbereichs des Semestertickets auf ganz Rheinland-Pfalz und das Saarland.
- ➤ Für die Universität bedarf es eines Mobilitätskonzepts, das neben dem ÖPNV insbesondere dem zunehmend vielschichtigen studentischen Individualverkehr gerecht wird. Dies bedeutet etwa auch:
  - flächendeckend sichere Abstellanlagen für Fahrräder, elektrische Kleinstfahrzeug und weitere zweirädrige Kraftfahrzeuge,
  - kostenfreie Parkplätze für Studierende, die auf ihren PKW zum Erreichen des Studienorts angewiesen sind.
  - ausreichend Ladestationen zur F\u00f6rderung der E-Mobilit\u00e4t.
- ▶ Die Etablierung einer schnellen Verbindung zwischen der Technischen Universität Kaiserslautern und dem Campus Landau als Standorten der neuen fusionierten Technischen Universität wird eine weitere Herausforderung für ein zukunftsweisendes universitäres Verkehrskonzept sein.
- Das Kaiserslauterer Stadtbild wird wesentlich durch einen CO2-lastigen Individualverkehr geprägt. Dies ist nicht zukunftsfähig. Im Kontext der Verkehrswende bedarf es erheblicher städtischer Anstrengungen, um den öffentlichen Personennahverkehr, gerade auch in Hinblick auf nachhaltige Energieträger, und das Radwegenetz weiter auszubauen. Dabei kommt dem Busverkehr schon heute eine zentrale Rolle für Studierende auf ihrem Weg von und zur Universität, aber auch in ihrer Freizeit zu. Zur weiteren Gewährleistung eines sicheren und zufriedenstellenden Busverkehrs, ist ein Ausbau bzw. eine stärkere Flexibilisierung der Kapazitäten unerlässlich. Der PKW sollte, insbesondere im städtischen Umfeld, nicht das Mittel der Wahl zum Erreichen des Studienorts sein.
- ▶ Kaiserslautern ist leider noch keine Fahrradstadt. Es gibt erheblichen Nachholbedarf bei den Themen Sicherheit, Stellenwert und Fahrkomfort. Das Radverkehrsnetz muss weiter ausgebaut und verbessert werden. Nur dann kann die Stadt dem Individualverkehrsmittel Fahrrad und damit

einem studentischen Anliegen gerecht werden. Nicht zuletzt würde damit auch dem seit 2018 in der Stadt vorhandenen Kurzzeitverleihsystem Rechnung getragen werden, das die Studierendenschaft zur Verbesserung ihres Mobilitätsangebots integriert hat.

# g. Bezahlbarer Wohnraum

▶ Ein Großteil der Studierenden der TU Kaiserslautern wohnt in einem eigenen Apartment oder einer Wohngemeinschaft. Gleichzeitig ist der Wohnraum für Studierende aufgrund steigender Mieten und Vorbehalte privater Vermieter knapp. So müssen Studierende teilweise in Wohnungen mit beklagenswerten Zustand leben. Daher müssen die verfügbaren Wohnheimsplätze des Studierendenwerks erweitert werden und der Mieterschutz insbesondere ausländischer Studierender effektiver durchgesetzt werden.

# h. Tarifverträge für Studierende

▶ Viele Studierende gehen zusätzlich zum Studium einer Nebentätigkeit nach, welche einen wichtigen Beitrag zum Bestreiten des Lebensunterhalts darstellt. Allerdings genießen sie nicht die Vorzüge eines Tarifvertrags wie etwa Auszubildende im öffentlichen Dienst oder dual Studierende. Daher ist es wünschenswert, wenn studentische Beschäftigte an der TUK auch in diesen Genuss kommen. Hierbei ist nicht nur die Höhe der Vergütung, sondern auch Planungssicherheit, Beteiligung und ein gleichberechtigter Umgang wichtig.

# 2. An Hochschulen mehr Demokratie wagen

- ▶ In der derzeitigen Gestaltung des Modells der Gruppenhochschule werden Entscheidungen von der Statusgruppe der Professor\*innen dominiert. Sie besitzen in allen entscheidenden Gremien, wie den Fachbereichsräten und dem Senat, eine absolute Mehrheit. Dadurch werden die zahlenmäßig weitaus stärker vertretenen Gruppen der Mitarbeitenden und Studierenden benachteiligt. Diese Gremien einer Gruppenhochschule genügen keinerlei demokratischen Ansprüchen.
- Die Studierendenschaft fordert eine konsequente drittelparitätische Besetzung aller Entscheidungsgremien. Selbstverständlich ist neben dem Wunsch der Beteiligung aller Mitglieder der Hochschule auch die Wahrung des Grundgesetz auf Freiheit der Forschung und Lehre genüge zu tun; daher sollten bei unmittelbaren Entscheidungen zur Forschung und Lehre sowohl die Studierenden, die wissenschaftlichen Mitarbeitenden, sowie die Professor\*innen mit einem tatsächlichen Vetorecht für ihre jeweilige Statusgruppe ausgestattet werden.
- ▶ Die Studierendenschaft als Körperschaft vertritt die größte Statusgruppe innerhalb der Universität. Dies muss durch beratende Vertretungen in den relevanten Entscheidungsgremien berücksichtigt werden: Wir fordern, dass das StuPa ein beratendes Mitglied in den Senat und die Fachschaftsräte beratende Mitglieder in die Fachbereichsräte entsenden dürfen.
- ▶ Partizipation von Studierenden ist nicht abgeschlossen, wenn sie in den Gremien der Universität vertreten sind. Die dort getroffenen Entscheidungen müssen vorbereitet und im Anschluss durchgeführt werden. Auch hierbei sind Studierende einzubeziehen.

▶ Alle Facetten studentischen Engagements müssen von der Universität wertgeschätzt und anerkannt werden. Dies kann unter anderem über die Verlängerung von Fristen oder die Vergabe von Leistungspunkten für ehrenamtliches Engagement erfolgen.

▶ Viele relevante Entscheidungen im Bereich der Hochschulen fallen auf Bundes- oder europäische Ebene. Auf diesen Ebenen gibt es jedoch keine gesetzlich verankerte Studierendenvertretung. Die Interessen der Studierenden werden lediglich durch Vereine vertreten, denen jedoch bei weitem nicht alle Studierendenschaften angehören. Damit allen Studierenden ein politisches Mitwirken auf europäischer bzw. Bundesebene ermöglicht wird, fordern wir eine gesetzlich verankerte Studierendenvertretung.

Eine besondere Rolle hierbei spielt das Akkreditierungswesen, dessen gesetzliche Grundlagen auf einem europäischen und nationalen Dialog beruhen und dessen Bestimmungen die Studierenden unmittelbar betreffen. Dennoch ist es Studierenden nicht möglich ihre Vertretungen in entscheidenden Gremien selbst zu bestimmen. Das muss sich ändern. Dafür muss eine gesetzliche Regelung für die Interessenvertretung durch den studentischen Akkreditierungspool geschaffen werden.

#### 3. Gutes Studium

#### a. Hochschulfinanzierung

- ▶ Das im Grundgesetz festgeschrieben Recht auf freie Bildung, die Freiheit der Lehr und der Forschung werden durch eine in weiten Teilen unzureichende Finanzierung des Hochschulwesens systematisch unterlaufen. Als problematisch hat sich das über die letzten Jahrzehnte hin entwickelte mehrsäulige Finanzierungssystem aus Grund-Programm- und Drittmittelfinanzierung erwiesen.
- ▶ Die in Rheinland-Pfalz bereitgestellte Grundfinanzierung der Hochschulen ist vor dem kontinuierlichen Anstieg der Studierendenzahlen und den stetig wachsenden gesellschaftlichen Herausforderungen, denen die Hochschulen begegnen müssen, bei weitem nicht ausreichend und bedarf einer erheblichen Erhöhung, um problematischen Beschäftigungsverhältnissen im Mittelbau und mangelhaften Ausstattungen entgegenwirken zu können.
- ▶ Die Programmfinanzierung, bei der sich oftmals um ein Steuerungsinstrument zur Umsetzung einer politischen Agenda handelt, zwingt die Hochschulen in einen permanenten Wettbewerb. Dabei haben größere Hochschulen allein aufgrund ihrer Möglichkeiten oftmals schon erhebliche Vorteile, etwa im Zuge der Antragsstellung. Problematisch ist hier die zeitliche Befristung der Mittel zu sehen, mit ihrer Wirkung hin zu prekären Beschäftigungsverhältnissen und oftmals fehlender Perspektive über den Förderungszeitraum hinaus. Für eine verlässliche Planung wären diese Mittel jedoch besser Teil der Grundfinanzierung, um den Hochschulen ein effektives und nachhaltiges Wirtschaften im Wissenschaftsbetrieb zu ermöglichen.
- ▶ Auch über die Drittmittelfinanzierung stehen die Hochschulen in einem stetigen Wettbewerb miteinander. Die Höhe der eingeworbenen Drittmittel dient dabei auch als Werbemittel hinsichtlich der eigenen wissenschaftlichen Reputation, der eigenen Größe und des Erfolgs. An der TU Kaiserslautern belaufen sich die Drittmittel gegenwärtig auf über ein Drittel des Jahresetats. Damit offenbart sich zugleich aber auch ein Dilemma der Hochschulfinanzierung: Durch eine fehlende Grundfinanzierung des Landes,

ist Wissenschaft und Forschung in der derzeitigen Form nicht möglich. Weithin problematisch gestalten sich auch hier die systemisch bedingt befristeten Beschäftigungsverhältnisse, die Einschränkung der Förderung für bestimmte Forschungsthemen, Ressourcenverschwendung für aufwendige Förderungsanträge und -berichte oder etwa mögliche Abhängigkeiten durch private Finanzierungen.

- Mit dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre ist die Zielsetzung verbunden die Zahl der Beschäftigten in Relation zu steigenden Studierendenzahlen zu erhöhen. Die Zahlen des vorangegangen Hochschulpakts Lehre zeigen jedoch, dass dies in der Vergangenheit in keiner Weise erreicht wurde, denn einerseits wurde nicht ausreichend Finanzmittel zu Verfügung gestellt und darüber hinaus waren diese auch befristet. Lehre als Daueraufgabe einer Hochschule benötigt jedoch Dauerstellen und damit eine Dauerfinanzierung. Im Nachfolgevertrag Studium und Lehre wurde nun die Zweckbindung der Mittel für die Lehre aufgehoben. Dies ist insofern problematisch als dass es in der Vergangenheit bereits Zweckentfremdungen gab und die Ausgaben von den Ländern auch nur unzureichend evaluiert werden. Insofern ist die Gefahr eine Zweckentfremdung etwa für den Bereich der Forschung nicht unbedingt abwegig. Eine Zweckbindung der Mittel für Lehre ist daher unum-
- ▶ Das Land Rheinland-Pfalz muss erhebliche Anstrengungen unternehmen und entfristete Mittel für die Anstellung von Personal in Relation zu Studierendenzahlen bereitstellen um damit eine bessere Betreuung zu realisieren.

# b. Lehrer\*innenbildung

- ▶ Lehrer\*innen nehmen in unserer Gesellschaft eine entscheidende Rolle ein, da sie die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen in der Schule fördern. Um dieser so wichtigen Rolle gerecht zu werden und dabei immer neuen Herausforderungen innovativ zu begegnen, ist eine fundierte, kompetenzorientierte Hochschulbildung erforderlich. Es ist wichtig, dass Lehramtsstudierende fachlich, didaktisch und pädagogisch hervorragend ausgebildet werden, um den Anforderungen im Schulsystem für Jahrzehnte gewappnet zu sein.
- ▶ Die Arbeit mit Kindern unterscheidet sich stark von rein fachlichen Tätigkeiten. Eine umso größere Rolle muss im Lehramt die Theorie-Praxis-Verknüpfung einnehmen. Studium, parallele Schulpraktika und anschließender Vorbereitungsdienst müssen als eine aufeinander abgestimmte Einheit gesehen werden. Es darf nicht passieren, dass Absolvent\*innen zu Beginn des Referendariats feststellen, dass sie für die Arbeit in der Schule ungeeignet sind.
- Lehrkräfte sollen die Schüler\*innen kognitiv-fachlich, methodisch-strategisch und sozial-kommunikativ fördern; dabei begleiten sie diese über Jahre hinweg. Dadurch nehmen sie eine wichtige Rolle im Leben der Kinder und Jugendlichen ein, in der sie auch an der Entwicklung von Werthaltungen teilhaben. Das liefert die Möglichkeit, nachfolgende Generationen positiv zu beeinflussen und beispielsweise ein stärkeres Gefühl für die Verantwortung zwischen den Generationen zu wecken. Auf der anderen Seite besteht aber auch die Gefahr, gesellschaftliche Missstände wie strukturelle Diskriminierung zu reproduzieren, sodass sie in der nachfolgenden Generation fortgeschrieben werden. Es bedarf eines Bewusstseins für die Position als Lehrkraft und eine reflektierte Haltung zu den eigenen Wertvorstellungen. Daher ist es notwendig, dass im Lehramtsstudium dieser herausragenden Rolle Rechnung getragen

wird – beispielsweise durch die Thematisierung von Fragen der Ethik, Genderforschung, Nachhaltigkeit, Inklusion und Soziologie im Studium.

- ▶ In den meisten Fachbereichen gibt es weit mehr Studierende mit anderen Abschlusszielen als Lehramtsstudierende. Teilweise führt das zu einer Rolle als "Exot\*innen", die nicht bei jeder Veranstaltung mit berücksichtigt werden. Es muss sichergestellt werden, dass in allen betreffenden Fachbereichen bei allen relevanten Fragen zu Curriculum und Veranstaltungen die Auswirkungen auf das Lehramtsstudium beachtet werden. In einigen Fachbereichen gelingt dies bereits gut; diese können als positives Beispiel dienen.
- Die Internationalisierung von Studiengängen geht am Lehramt weitgehend spurlos vorüber. Auch in Fachbereichen, in denen ein Auslandssemester die Regel ist, bleibt es im Lehramt die Ausnahme. Wenn Lehrkräfte Schüler\*innen auf eine globalisierte Welt vorbereiten sollen, sind eigene internationale Erfahrungen sehr zuträglich. Hier ist es mit einem Seminar zu Bildungssystemen anderer Länder nicht getan. Stattdessen bedarf es einer Strategie, wie die internationale Mobilität von Lehramtsstudierenden erhöht werden kann. Hier sind die TUK, das Land und der gesamte europäische Hochschulraum gefragt, auf ihrer Ebene Verbesserungen anzustoßen. Handlungsspielräume bestehen dabei nicht nur auf der großen politischen Bühne.

# c. Akkreditierung

▶ Die Studierendenschaft sieht Akkreditierungsverfahren als ein wichtiges Instrument der Qualitätsentwicklung von Studiengängen und dem universitätseigenen Qualitätsmanagementsystem. Ein besonderer Fokus liegt für uns auf der Einbeziehung von Studierenden, die auf allen Ebenen der Universität gefördert werden sollte. Entsprechend halten wir Qualifizierungsangebote für Gremien- und QM-Arbeit für Studierende, durch die Universität, für wünschenswert. Für insbesondere wichtig hält die Studierendenschaft ein QM-System, dass konsistent in die Fachbereiche wirkt und, mithilfe entsprechender Ausstattung, starke Anreize zur Weiterentwicklung von Studium und Lehre setzen kann. Die Fachbereiche sind dafür verantwortlich Studium und Lehre im Sinne der QM-Maßnahmen umzusetzen, hierfür bedarf es des Antizipierens einer Qualitätskultur.

#### d. Digitalisierung in der Lehre

- ▶ Die Studierendenschaft sieht den aktuell allgegenwärtigen Prozess der Digitalisierung besonders im Bereich der Lehre als eine Chance, die allgemeine Lehre an den Hochschulen weiterzuentwickeln. Unter diesem Prozess können traditionelle Methoden wie der typische Frontalunterricht kritisch hinterfragt, reflektiert und modernisiert werden, um die Qualität der Lehre unter zahlreichen Aspekten zu verbessern. Es wird zudem auf die Notwendigkeit eingegangen, dass das Studium weitergehend auch auf die spätere Berufswelt vorbereitet und wichtige Kompetenzen, die nicht nur fachlicher Natur sind, vermittelt werden.
- ▶ In diesem Sinne fordern wir einen regen Austausch und einen offenen Umgang mit solch neuen Ideen und Ansätzen in der Anpassung der Lehre. Des Weiteren betrachten wir es als sinnvoll, Dozierende bei diesem Wandel zu unterstützen, um den Studierenden einen kompetenten Lehrbetrieb mit einer ausgeprägten Didaktik zur Verfügung stellen zu können.

#### 464 e. Kompetenzorientierung

- ▶ In der modernen Berufswelt werden Fähigkeiten und Kompetenzen zunehmend schon beim Berufseinstieg erwartet. Auch in der Wissenschaft sind der Umgang mit Informationen und die Fähigkeit, diese zu erwerben, prominenter als dieses Wissen bereits verinnerlicht zu haben.
- ▶ Wir sehen den Bedarf, dass in der Hochschullehre stetig der Aspekt der Kompetenzorientierung berücksichtigt wird. Kompetenzen sollen gezielt vermittelt und gefördert werden. Die hier getroffene Wahl der fachlichen und überfachlichen Kompetenzen muss regelmäßig revidiert werden.

# f. Professionalisierung der Lehre

Eine zentrale Aufgabe der Universität und ein wichtiger Aspekt für gute Lehre ist ein durchdachtes und sorgfältiges Qualitätsmanagement. Hierbei erachten wir es als sinnvoll, dass nicht nur Konzepte und Inhalte vonseiten der Universität erarbeiten werden, sondern dass auch der konkrete Prozess der Umsetzung gefördert und begleitet wird. Deshalb fordern wir mehr Initiative in der Adaptierung von Studiengängen hinsichtlich qualitativen Ergebnissen aus Arbeitskreisen, Referaten und Diskussionsrunden der Universität. Eine konkrete Struktur und eine verstärkte Kommunikation sorgt aus unsere Sicht für einen langfristigen Ansatz, um Gespräche rund um gute Lehre und aktuelle Methoden aufrecht zu erhalten und zu verwirklichen.

#### g. Campus als Kultur- und Begegnungsfläche

▶ Die Studierendenschaft fördert, koordiniert und unterstützt studentisches Engagement und Nachwuchs in allen Sparten der darstellenden Künste und Unterhaltung. Neben dem Studium, soll der Campus ebenso als Fläche für Begegnungen der kulturellen Art, wie beispielsweise im Rahmen des AStA Sommerfests, dienen. Um dies auch regelmäßig und wetterunabhängig in diversen Formen wie in vergangenen Jahren (im Kramladen) bieten zu können, benötigt die Studierendenschaft einen sicheren und voll ausgestatteten Veranstaltungsraum. Im Sinne zukünftiger Generationen muss dies sehr zeitnah und zielorientiert durch zuständige Stellen umgesetzt werden.

# 4. Diversität als Bereicherung einer offenen und solidarischen Hochschule

- ▶ Die Studierendenschaft setzt sich für eine offene, tolerante und solidarische Universität ein. Diversität ist eine große Bereicherung für die Studierendenschaft, die Universität und die Gesellschaft. Daher fordert und fördert die Studierendenschaft mehr Diversität in Gremien der Universität und der Studierendenschaft. Insbesondere setzt sie sich für eine Erhöhung des Frauenanteils überall dort ein, wo diese unterrepräsentiert sind.
- ▶ Um einer Ausgrenzung entgegenzuwirken, setzt sich die Studierendenschaft für eine gendergerechte Sprache ein.
- ▶ Der wachsende Rechtspopulismus, der durch hetzerische Kundgebungen in Kaiserslautern sowie xenophobe und rassistische Kommentare in sozialen Netzwerken zu Tage tritt, ist eine der größten Bedrohungen für unsere freiheitliche, demokratische Grundordnung. Rassismus und Menschenfeindlichkeit dürfen nicht salonfähig werden. Deshalb tritt die Studierendenschaft entschieden für Diversität, Toleranz und Offenheit ein und stellt sich rechter Hetze entgegen.

# Verantwortung der Universität in der Gesellschaft

▶ Universitäten werden von der Gemeinschaft finanziert und tragen als Ort der Wissensvermittlung und Innovation eine besondere Verantwortung. ▶ Die Studierendenschaft unterstützt aktiv die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie das Zusammenleben und den Zusammenhalt der Gesellschaft. Hierzu fördert die Studierendenschaft die politische Bildung sowie das Engagement ihrer Mitglieder. Insbesondere stärkt sie ihre Mitglieder bei der Übernahme staatsbürgerlicher Verantwortung für unsere Demokratie und Gesellschaft.

#### a. Nachhaltigkeit

- ▶ Eine der größten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts besteht darin, dass die Gesellschaft und Wirtschaft in ihrer Handlungsweise auf die begrenzten Ressourcen des Planeten Rücksicht nehmen muss. Obwohl politische Kräfte die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung seit Jahrzehnten kennen und sich wiederholt dazu bekannt haben, gibt es kaum Fortschritte. Besonders deutlich wird dies wie auch die Verärgerung der jungen Generation über diesen Stillstand seit 2018/19 durch die weltweite "Fridays for Future"-Bewegung.
- ▶ Die Studierendenschaft bekennt sich bei ihrem Handeln zu den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung. Sie achtet und unterstützt Anstrengungen für mehr Nachhaltigkeit an der Universität und darüber hinaus.
- ▶ Die Studierendenschaft fordert die Universität sowie politische Akteurinnen und Akteure dazu auf, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und einen spürbaren Betrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Um die damit verbundenen Herausforderungen zu bewältigen, ist das Zusammenwirken technischer und sozialer Innovationen vonnöten.

# b. Zivilklausel

▶ Die Studierendenschaft fordert und f\u00f6rdert eine universit\u00e4tsweite, ergebnisoffene Diskussion zur Einf\u00fchrung einer Zivilklausel an der TUK.

# c. Wissenschaft für die Öffentlichkeit

- ▶ Die Studierendenschaft unterstützt den freien Zugang zu Bildung im Allgemeinen und wissenschaftlicher Literatur im Besonderen. Darum begrüßen wir, dass die TUK 2016 die Berliner Erklärung über den offenen Zugang zu wissenschaftlichem Wissen unterzeichnet hat. Die Studierendenschaft fordert die Universität auf, ihre Anstrengungen in diesem Bereich zu intensivieren, um einen höheren Anteil an Open-Access-Publikationen zu erreichen.
- ▶ Universitäten haben die Möglichkeit, aktuelle Forschungsergebnisse allgemein verständlich einem breiten Publikum zu präsentieren. Dies findet an der TUK beispielsweise im Rahmen der "Nacht, die Wissen schafft" bereits statt. Die Studierendenschaft fordert einen Ausbau solcher Aktivitäten; beispielsweise können in regelmäßigen Veranstaltungen die Hörsäle für die interessierte Öffentlichkeit geöffnet und in diesem Rahmen Diskussionen über Wissenschaft und Gesellschaft ermöglicht werden.

▶ Die Studierendenschaft befürwortet Aktivitäten der TUK, um Schüler\*innen verschiedener Jahrgangsstufen an die Wissenschaft heranzuführen.